

Die Studienreisen der Funktionäre

Das Städtchen Heidenreichstein im nördlichen Waldviertel ist zwar wunderschön, aber trotzdem werden dort viele Menschen ihres Lebens nicht mehr so recht froh. Die Firma Eisert hat nämlich ihre Feuerzeugproduktion eingestellt, wodurch 120 Leute ihren Arbeitsplatz verloren. Und weil nicht allein die von einer autonärrischen Obrigkeit planmäßig demontierte Waldviertler Eisenbahn, sondern in diesem ohnehin industriearmen Gebiet auch die Textilbranche derzeit nur schmalspurig fährt, deshalb kann man das nordöstliche Niederösterreich wohl zu Recht als Notstandsgebiet bezeichnen.

Die Spitzenfunktionäre der Arbeiterkammer Niederösterreich hätten also alle Hände voll zu tun, um die vielzitierte Arbeitsplatzerhaltung in die Tat umzusetzen. Doch leider hemmt eine tückische Krankheit ihren Tatendrang: das Reisefieber. Diese Seuche, von Fachleuten delirium excursionitis genannt, tritt ja bekanntlich besonders häufig bei jenen meist besseren Herren auf, die es sich leisten können, auf Kosten der Allgemeinheit möglichst oft möglichst weit zu reisen. Wobei die damit verbundenen Bewußtseinstrübungen in unserem besonderen Fall bewirken, daß die Herren Funktionäre den (das) Wald(viertel) vor lauter Schlagbäumen nicht mehr sehen.

Das größte Bundesland Österreichs ist den blau-gelben Arbeiterkämmerern sichtlich zu klein. Deshalb studieren sie die Arbeitsmarktverhältnisse lieber in Übersee; dies jedoch im Interesse der österreichischen Werktätigen, versteht sich. Denn wenn, so wie im Jänner, sechs kultivierte Herren im Düsenflugzeug nach Südamerika jetten, um bei den Militärdiktatoren in Ekuador und Bolivien „Sozialeinrichtungen" zu besichtigen, dann geschieht das vermutlich ja nur deshalb, um mit den daraus gewonnenen Kenntnissen später einmal der arbeitslosen Weberin aus Weikertschlag oder dem beschäftigungslosen Bauarbeiter aus Altnagelberg dienen zu können, net woahr? Womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß die Studien-Touristen einseitig rechtsgerichtetes Anschauungsmaterial bevorzugen. Das nicht. 1975 waren nämlich sechs Mann hoch in der Volksrepublik China und erforschten „die Bedingungen in chinesischen Industriebetrieben". Diesbezüglich haben sie jedoch nicht vor, ihre Erfahrungen etwa ins Niederösterreichische zu übertragen, Gott bewahre, nein! Kammeramtsdirektor Litschauer wollte bloß „aus Fehlern, die sich in anderen Volkswirtschaften ergeben, lernen". (Ob nicht in der Wirtschaft des Inlandes lohnendere Fehler zu finden wären, das wollen wir den Herrn Kammeramtsdirektor lieber nicht fragen; er hat schon mit dem Ausland Sorgen genug.)

Nicht Fehler, sondern „Arbeitnehmerförderungsmaßnahmen" suchten der Kammerpräsident Hesoun (SPÖ), Vizepräsident Auer (ÖVP) sowie weitere 10 Vorstandsmitglieder während einer anstrengenden Indien-Safari. Leider vergebens. Das hätten sie sich zwar schon vorher denken können — na ja, aber gsuacht hams wenigstens, die braven Funktionäre.

Der Drang, das Los niederösterreichischer Arbeiter mittels Studienreisen in exotische Länder zu verbessern, kostet viel Geld. Jährlich 500.000 Schilling. Zahlen muß dafür jeder niederösterreichische Arbeiter, und zwar mittels der zwangsweise eingehobenen Arbeiterkammerumlage. Sowas schafft natürlich böses Blut, weil der breiten Masse bedauerlicherweise das nötige Verständnis für die aufreibende wissenschaftliche Tätigkeit ihrer Führer fehlt, und deshalb sind letztere dazu übergegangen, der Reiselust tunlichst nur geheim zu frönen.

Als daher vor wenigen Wochen ein bedeutsamer Forschungsflug zum Karneval nach Rio bevorstand, erfuhr die Öffentlichkeit kein Wort davon. Ungestört gelangten die gewichtigen Kammerherren bis zum Flughafen Wien-Schwechat, ehe sie — ujegerl — in die Linse des Fotoreporters Ziganek blickten. Die Fotografierten wurden handgreiflich und versuchten den Film zu erbeuten. Aber der Ziganek ist kein Anfänger, er hat in Ausübung seines Berufes sogar schon einmal eine Attacke von Huren und Zuhältern überstanden; da hatten die wohl eher muskelschwachen Kammerjäger also keine Chance bei ihm. Aber sie entsannen sich in höchster Not offenbar der Dinge, die sie in La Paz oder Umgebung gelernt hatten, und forderten lautstark von den herbeieilenden Kriminalbeamten: „Reißen S' eahm den Film auße!", „Beschlagnahmen S' de Kamera!", „Verhaften S' eahm!"

Die Fotos erschienen trotzdem in einer Wochenzeitschrift, denn hierzulande hat — zumindest vorläufig noch — jeder Reporter das Recht, jeden dienstreisenden Bonzen zu knipsen. Leider hat jedoch jeder Bonze seinerseits wiederum das Recht, sich seine Luxusfahrten von eben jenen Arbeitnehmern zahlen zu lassen, deren Interessen er eigentlich vertreten sollte. ●

„Für die Volksmacht." Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl; alle 1200 Wien, Universumstraße 40/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,–

Nummer 126, März 1977

Unternehmer, Manager und Bonzen können jubeln:

Lohnraubrunde erfolgreich abgeschlossen

„Seien wir froh, daß es nicht schlechter wird", mit diesem Slogan haben sich viele ehrliche SP-Arbeiter selbst befriedigt, wenn es darum ging, die eigene Unzufriedenheit über die Politik der Führer zurückzudrängen oder gar gegen „Motschkerer" diese Politik noch zu verteidigen. Diese Kollegen — wir kennen viele von ihnen — griffen die Ankündigung des Metallarbeiterstreiks durch die Gewerkschaftsführung erwartungsvoll auf: „Endlich entschließen sich die oben zu härteren Maßnahmen gegen die Unternehmer". Und: „Es stimmt doch nicht, daß die Führer selbst schon Kapitalisten sind, wie auch wir manchmal annehmen mußten". Die aufgestaute Unzufriedenheit drängte bei vielen dieser Kollegen zur Entladung. Deshalb ihre Streikbereitschaft, ohne daß genau bekannt war, um was es eigentlich gehen sollte. Aber die Wirklichkeit zerbricht alle Illusionen. Die Metallarbeiterlohnrunde war ein Betrugstheater sondergleichen.

7,5 Prozent auf den Ist-Lohn bedeuten Reallohnsenkung

Das Ergebnis ist bekannt: 7,5 Prozent Ist-Lohn-Erhöhung und ganz geringfügige Verbesserungen bei den Abfertigungen. Das bedeutet, daß wieder einmal ein effektiver Reallohnabbau betrieben wurde. Denn damit wird nicht einmal die Teuerung abgegolten, bleiben doch infolge der gewaltigen Steuerbelastung netto nicht viel mehr als sechs Prozent im Lohnsackerl. Wozu noch kommt, daß viele Kollegen — vor allem die Facharbeiter — infolge der Erhöhung sowohl der Sozialversicherungsbeiträge als auch der Bemessungsgrundlage dazu seit 1. Jänner 1977 schon um einige Hunderter weniger auf die Hand bekamen. Diese Kollegen können von einer Teuerungsabgeltung nicht einmal annähernd reden.

Planmäßig haben die Kapitalisten ihr Ziel erreicht

Dieses Ergebnis ist für aufmerksame Beobachter der politischen Szenerie vorauszusehen gewesen. Schon Oktober, November 1976 hagelte es massive Erklärungen von Vertretern der Industrie und der Banken über die „hohen Lohnkosten", die die „Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft" belasten. Das solcherart geworfene Hölzl nahmen die Gewerkschaftsführer natürlich sofort auf und sprachen von der „Verantwortung für die Wirtschaft", von der ja „unser Brot" abhänge. Das Schlagwort „Arbeitsplatzsicherung" wurde und wird in diesem Zusammenhang bis zum Überdruß strapaziert und ist gegenwärtig die Zauberformel, mit der das werktätige Volk aufs äußerste ausgepreßt wird, nur damit die Profite der Kapitalisten stimmen. Und sie stimmen, wie man den Zahlen über Produktivitäts- und Produktionssteigerungen und den Erfolgsbilanzen vor allem der Banken entnehmen kann. Da braucht man nur die Wirtschaftsseiten der bürgerlichen Zeitungen zu lesen.

Die arbeitenden Menschen fressen aber nicht mehr alles

Immer mehr steigt den Werktätigen aber über diese Ausbeutungspolitik der Hut hoch. Vor allem erkennen sie, daß die SP-Führer trotz der absoluten Mehrheit im Parlament ausschließlich eine Politik zur Sicherung kapitalistischer Höchstprofite betreibt. Wenn SP-Spitzenfunktionäre wie Klenner und Kienzl oder Androsch stets nur davon reden, wie der Wirtschaft geholfen werden kann, steigen natürlich dem treuesten SP-Mitglied Zweifel auf. Sie fragen sich vollkommen berechtigt, für was eine sozialistische Partei und eine Parlamentsmehrheit überhaupt noch gut ist.

Über diese Stimmung wissen die Spitzenpolitiker natürlich Bescheid. Deshalb mußte wieder einmal zu einem Betrugtheater Zuflucht genommen werden. So wurden also bei der Metallarbeiterlohnrunde „unüberbrückbare Gegensätze" verkündet und „Streik" angedroht. Ziel dieser Komödie: die Linientreue der Mitglieder und Wähler wieder herzustellen, die eingangs erwähnten Gedankengänge der Genossen zu fördern und zu bestärken: „Die oben sind doch keine Verräter ..."

Der Betrug ist leicht zu erkennen

Wohlweislich wurde aber vorgesorgt: Der Lohnraubabschluß — 7,5 Prozent auf den Ist-Lohn — stand außer Streit. Und das war ja das wesentliche, wurde damit doch die Reallohnsenkung fixiert und das Ziel der Kapitalisten erreicht. Offene „Streitpunkte" blieben Fragen der „Angleichung der Arbeiter an die Angestellten". Und so hallte einige Tage der Theaterdonner über die Bühne der österreichischen Innenpolitik. „Wilde Männer" und „Bösewichte" — von beiden Seiten jeweils verteufelt — traten auf, wobei aber vom Anfang an der Hinweis auf die „Retter der Nation" nicht fehlte, die eventuell doch noch das „Wunder" zustandebringen und den „sozialen Frieden" in Österreich retten könnten.

Nun, das „Wunder" wurde programmgemäß vollbracht. Kreisky und Sallinger glätteten die Wogen und brachten die „Kampfhähne" wieder an einen Tisch. All das ist aber bekannt. So wurden Superprofite für das Kapital und Reallohnsenkung für die Arbeiter perfekt. Denn an der Metall-Lohnrunde richten sich nun alle Branchen aus, wenn auch „bevorzugte" wie Erdöl, Chemie und einige Sektionen der Industrieangestellten etliche Brosamen mehr erhalten werden.

Kein Geringerer als ÖGB-Präsident Benya hat dargelegt, warum dieses Theater aufgeführt wurde. Sinngemäß erklärte er die Streikdrohung damit, daß so die Arbeiter am besten unter Kontrolle zu halten seien. Denn wenn diese aus eigenem Entschluß sich zu Kampfmaßnahmen entschlössen, wüßte man nicht, was da alles herauskommen könnte. Das bringt die große Angst der herrschenden Kapitalisten vor den Arbeitern zum Ausdruck, die sich auf ihre eigene Kraft besinnen und zum eigenständigen Kampf um ihre Interessen entschließen.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Treu dem Marxismus, dem Leninismus, den Maotsetungideen

„Wir gehen aus vom Klassenstandpunkt des österreichischen Proletariats. ... Wir lassen uns dabei leiten von den von Marx und Engels ausgearbeiteten, von Lenin und Stalin weiterentwickelten und von Mao Tsetung auf eine neue Stufe gehobenen Grundsätzen und Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus, der die Erfahrungen der internationalen Arbeiterklasse zusammenfaßt und der theoretische Ausdruck der grundlegenden Klasseninteressen des Weltproletariats darstellt."

Wir haben vor neun Jahren diese Sätze in der Grundsatzerklärung der VRA „Für die sozialistische Revolution in Österreich" niedergelegt. Heute sind diese programmatischen Aussagen aktueller denn je. Auch in der Beurteilung des Verlaufs des Klassenkampfes in der Volksrepublik China werden wir uns davon und nur davon leiten lassen.

Der Marxismus, der Leninismus und die Maotsetungideen lehren uns, daß die sozialistische Gesellschaft (d. h. die erste Phase des Kommunismus unter der Diktatur des Proletariats, wo die klassenlose Gesellschaft noch nicht erreicht ist und noch Überreste der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft vorhanden sind) eine ziemlich lange geschichtliche Periode umfaßt. Diese ganze Geschichtsperiode hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe. Wo es aber Kampf gibt, da gibt es Sieg und Niederlage. Wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, kann auch das Proletariat in dieser Periode der sozialistischen Gesellschaft Niederlagen erleiden. Diese Niederlagen werden aber nur zeitweilig sein, weil die Zukunft ganz gewiß der Arbeiterklasse, dem ganzen werktätigen Volk gehören wird.

Es ist nicht unsere Aufgabe, uns in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und den Arbeitern dieser Länder Ratschläge zu erteilen oder einzelne Personen hochzujubeln oder zu verdammen. Aber es ist unsere Aufgabe und die Aufgabe der Marxisten-Leninisten aller Länder, genau zwischen Marxismus und Revisionismus zu unterscheiden, den Marxismus zu praktizieren und den Revisionismus zu bekämpfen, wo und in welcher Verkleidung er auch immer auftritt. Diese Aufgabe müssen wir selbständig lösen, sie kann uns von niemandem abgenommen werden. Vor dieser Aufgabe zurückzuweichen, heißt dem Revisionismus und der Reaktion in die Hände zu arbeiten. Wir müssen den Mut haben, gegen die Strömung anzukämpfen.

Genosse Mao Tsetung hat in den letzten beiden Jahren seines kämpferischen Lebens eine Reihe äußerst wichtiger Feststellungen getroffen. Ein genaues Studium dieser Feststellungen, von denen wir hier einige wiedergeben, wird es uns erleichtern, zwischen Marxismus und Revisionismus besser unterscheiden und damit der Sache der sozialistischen Revolution besser dienen zu können.

Klassen und Klassenkampf

„Wir dürfen uns keinesfalls akademisch benehmen und den komplizierten Klassenkampf als etwas ganz Einfaches betrachten." (6. 4. 1976)

„Im Jahre 1949 wurde festgestellt, daß der Hauptwiderspruch im Lande der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie ist. Dreizehn Jahre später wurde erneut die Frage des Klassenkampfes zur Sprache gebracht, ferner, daß die Lage sich zu bessern begann. Was ist die große Kulturrevolution? Sie ist Klassenkampf. Liu Schao-tschi sprach von der Theorie des Erlöschens des Klassenkampfes, brachte ihn aber selber nicht zum Erlöschen. Er wollte sein Häuflein von Verrätern und geschworenen Anhängern in Schutz nehmen. Lin Biao wollte das Proletariat niederschlagen und inszenierte einen Putsch. Heißt das Erlöschen?" (6. 4. 1976)

„Warum sprach Lenin von der Ausübung der Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie? Über diese Frage muß man sich Klarheit verschaffen. Mangelnde Klarheit in dieser Frage führt zu Revisionismus. Dies muß dem ganzen Land bewußt gemacht werden."

„Mit einem Wort, China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von acht Kategorien praktiziert, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes, bei alldem gibt es nicht viel Unterschied zur alten Gesellschaft. Der Unterschied ist, daß sich die Eigentumsverhältnisse geändert haben."

„Unser Land praktiziert gegenwärtig ein Warensystem, und auch das Lohnsystem ist ungleich, es gibt ein Lohnsystem von acht Stufen usw. Diese können unter der Diktatur des Proletariats nur eingeschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen. Darum sollten wir mehr marxistisch-leninistische Werke lesen." (22. 2. 1975)

Die Bourgeoisie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei

„Lenin sagte: ‚Die Kleinproduktion ... erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie'. Dies tritt auch bei einem Teil der Arbeiterklasse und bei einem Teil der Parteimitglieder auf. Sowohl innerhalb der Reihen des Proletariats als auch unter den Mitarbeitern der Staatsorgane gibt es Leute, die sich einen bürgerlichen Lebenswandel angeeignet haben." (22. 2. 1975)

„Die sozialistische Revolution richtet sich nun gegen sie (gemeint sind Deng Hsiao-ping und seinesgleichen – d. Red.) selbst. Während der Vergenossenschaftung gab es in der Partei Leute, die dagegen waren, und sie haben Widerwillen gegen die Kritik am bürgerlichen Recht. Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch." (10. 3. 1976)

„Nach der demokratischen Revolution sind die Arbeiter, armen Bauern und unteren Mittelbauern nicht stehengeblieben, sie wollen die Revolution. Aber ein Teil der Parteimitglieder will nicht weiter vorwärts. Manche sind zurückgewichen und gegen die Revolution aufgetreten. Warum? Weil sie hohe Beamte geworden sind und die Interessen der hohen Beamten schützen wollen." (16. 5. 1976)

Deng Hsiao-ping ist ein Vertreter der Bourgeoisie

„Dieser Mensch packt nicht den Klassenkampf an, über dieses Hauptkettenglied spricht er nie. Also immer noch ‚weiße Katze, schwarze Katze', zwischen Imperialismus und Marxismus macht er keinen Unterschied." (28. 3. 1976)

„Er begreift den Marxismus-Leninismus nicht, er vertritt die Bourgeoisie. Er sagte, er werde ‚das gefällte Urteil niemals umstoßen', darauf kann man nichts geben." (10. 4. 1976)

„Eine Revision richtiger Urteile läuft dem Willen des Volkes zuwider." (10. 3. 1976)

„Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben. Der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt von ihm ab." (1. 1. 1976)

Revolution ist immer notwendig

„Wird in 100 Jahren Revolution nötig sein? Wird auch noch in 1.000 Jahren Revolution nötig sein? Revolution ist immer notwendig. Ein Teil der Menschen wird sich immer unterdrückt fühlen; kleine Beamte, Studenten, Arbeiter, Bauern und Soldaten wollen nicht von großen Tieren unterdrückt werden. Darum wollen sie die Revolution. Sollten in 10.000 Jahren keine Widersprüche mehr zu sehen sein? Wieso nicht? Immer noch werden welche zu sehen sein."

„Ohne Kampf gibt es keinen Fortschritt."

„Können 800 Millionen Menschen ohne Kampf auskommen?!" (16. 5. 1976)

(In Klammern die Daten der Erstveröffentlichung der Weisungen des Genossen Mao in der „Renmin Ribao") •

GEGEN DIE STRÖMUNG ANKÄMPFEN

(Aus dem „Bericht über die Abänderung des Parteistatuts. Erstattet am 24. August und angenommen am 28. August 1973 auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas")

„In der ersten Etappe der demokratischen Revolution kam es mehrmals vor, daß eine falsche Linie in unserer Partei vorherrschte. In der späteren Etappe der demokratischen Revolution und in der Periode der sozialistischen Revolution, in welchen die von Vorsitzendem Mao vertretene Linie führend war und ist, hat unsere Partei ebenfalls die negative Erfahrung gemacht, daß eine gewisse falsche Linie und gewisse falsche Ansichten eine Zeitlang von vielen als richtig unterstützt wurden. Die von Vorsitzendem Mao vertretene richtige Linie hat einen entschiedenen Kampf gegen jene Falschheiten geführt und dabei Siege erzielt. Wo es sich um die Linie, um die Gesamtlage handelt, muß ein wahrer Kommunist, frei von jeglichen eigennützigen Überlegungen, den Mut haben, gegen die Strömung anzukämpfen, auch wenn das für ihn Amtsenthebung, Ausschluß aus der Partei, Kerkerhaft, Ehescheidung bedeuten oder ihn den Kopf kosten kann." •



PROTEST GEGEN UMTRIEBE DES PERSISCHEN GEHEIMDIENSTES

Im vergangenen Jahr haben iranische Studenten den Agenten des persischen Geheimdienstes SAVAK in Wien, Rabizadeh, ausgeforscht und entlarvt. Damals hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Clique des persischen Schah die Kämpfer gegen ihr Regime überall vernichten will, wo sie sich befinden. Nicht nur im Iran, wo es über hunderttausend politische Gefangene gibt und allein im vergangenen Monat die Ermordung von 18 Freiheitskämpfern bekannt wurde, sondern auch in anderen Ländern. Besonders die iranischen Studenten, unter denen es eine breite fortschrittliche Bewegung gibt, sind der Verfolgung und Bespitzelung durch die SAVAK ausgesetzt.

Jetzt protestieren seit mehr als zwei Wochen iranische Studenten in Westdeutschland gegen die SAVAK-Aktivitäten in der BRD. Diese Aktivitäten werden von den dortigen Behörden nicht nur toleriert, sondern auch massiv unterstützt. So mußte der BRD-Regierungssprecher Grünewald zugeben, daß der westdeutsche Bundesverfassungsschutz seit 18 Jahren eng mit der faschistischen SAVAK zusammenarbeitet und dieser auch Namenslisten fortschrittlicher persischer Studenten zugespielt hat.

Die Forderungen der iranischen Studenten – Abbruch der Zusammenarbeit zwischen den beiden Geheimdiensten, Ausweisung bekannter SAVAK-Agenten aus der BRD, freie politische Betätigung für die iranischen Studenten – sind vollauf berechtigt.

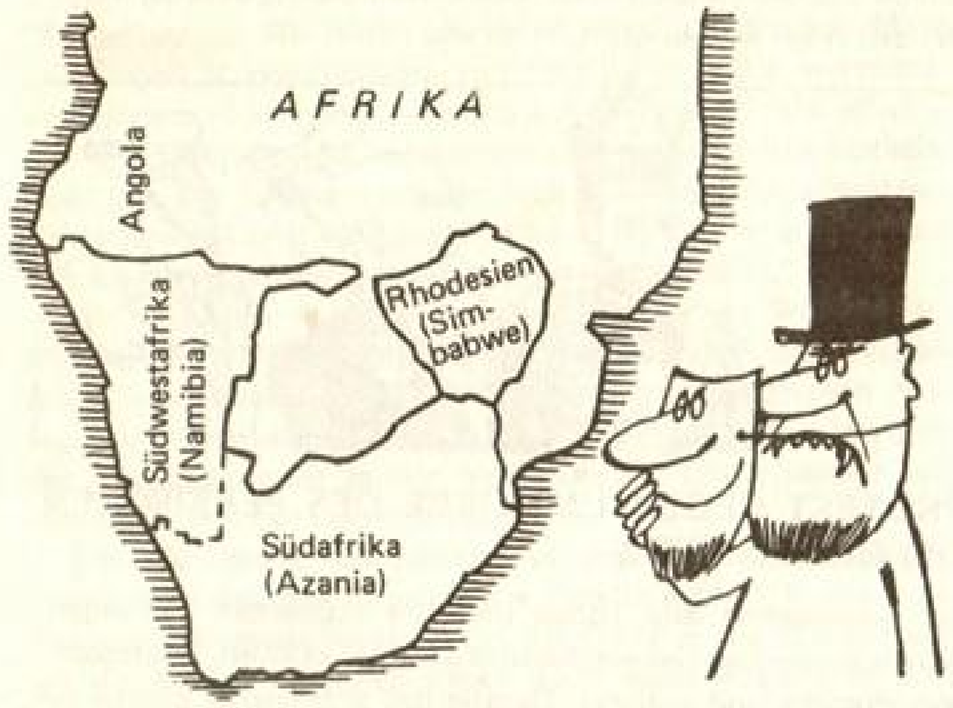
Das persische Regime und seine SAVAK nützen bei ihren Aktivitäten aus, daß die kapitalistischen Machthaber in verschiedenen europäischen Ländern ihre Profitinteressen wahren wollen, indem sie eine Komplizentätigkeit mit dem Schah gegen die fortschrittlichen iranischen Kräfte betreiben. Diese Komplizenschaft muß entschieden bekämpft werden. Denn sie hintertreibt die Herstellung der notwendigen Einheitsfront gegen die Weltherrschaftsbestrebungen der Supermächte USA und Rußland, von denen die Völker und Länder der Zweiten und insbesondere der Dritten Welt bedroht sind. Der Kampf der iranischen Studenten, die für die Interessen ihres Volkes eintreten, ist tatsächlich Bestandteil jenes Kampfes, den heute alle Völker der Welt führen müssen.

*

Am 16. März fand eine Protestkundgebung der Organisation Iranischer Studenten vor der Botschaft der BRD in Österreich statt. Dabei wurden die oben erwähnten Forderungen erhoben. Die VRA unterstützt diese Forderungen und erweist ihnen die vollste Solidarität.

SAVAK RAUS – AUCH AUS ÖSTERREICH! •

Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika



In Südafrika auf Arbeit gewesen, dann in Österreich die „Kronenzeitung" gelesen. Ergebnis von beidem: erste Schritte, sich den wissenschaftlichen Sozialismus als Grundlage der eigenen Weltanschauung anzueignen. Der folgende Leserbrief ist wohl noch keine marxistische „Glanzarbeit" – was gar nicht notwendig ist, gekonnte Phrasendrescher entpuppen sich ja nur allzu oft als Pseudorevolutionäre –, aber ein ehrlicher Versuch, gezogenen Konsequenzen gerecht zu werden.

Österreichische Tageszeitungen können Südafrika nicht genug lobpreisen; was sich dort aber hinter den Kulissen abspielt, wird beharrlich abgebogen. Sogar jetzt noch, wo langsam, aber sicher die Entwicklung der Antiapartheidbewegung ins rechte Licht zu rücken beginnt.

Zuerst möchte ich einen kurzen historischen Überblick geben: 1652 kamen die Holländer unter Jan van Riebeek in das Gebiet des heutigen Kapstadt, um dort eine Verpflegungsstation für die Schiffe der holländischen Ostindienkompanie zu errichten. In demselben Gebiet lebten Hottentotten. Zur ersten Begegnung zwischen Weißen und den aus Zentralafrika nach Süden ausgewanderten Schwarzen kam es ein Jahrhundert später.

Es wird allgemein behauptet, daß die Weißen Südafrika aufgebaut hätten. Dazu wäre zu sagen, daß die Weißen, ob Holländer, Engländer oder Franzosen, nie daran gedacht haben, selber Feldarbeit zu leisten. Die schwere Arbeit wurde und wird immer noch von den Schwarzen verrichtet. Anfangs von den Hottentotten, später von anderen Negerstämmen.

Heute leben vier Millionen Weiße und 18 Millionen Schwarze in Südafrika, weiters 1,5 Millionen Mischlinge und 730.000 Inder.

Und nun zum Kernpunkt des Problems, zur Apartheidpolitik. Da es keine Gewerkschaften und Berufsschulen für schwarze Arbeiter gibt, kann selbst ein qualifizierter schwarzer Arbeiter niemals einen gleich gut bezahlten Posten wie ein Weißer haben. Es besteht keine Schulpflicht für Schwarze, daher kostet es Geld, wenn ein Schwarzer Lesen und Schreiben lernen will. Die Schule für Weiße ist Pflicht und kostenlos! Ebenso ist der Lehrstoff verschieden: dem angeblich unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schwarzen angepaßt.

Aus finanziellen Gründen kann also nur ein geringer Prozentsatz von Negerkindern die Schule besuchen, die Mehrheit aber bleiben Analphabeten. Wenn also in der „Kronenzeitung" ein „Lehrermangel" als Haupthindernis für schwarze Schulen bezeichnet wird, kann man annehmen, daß solche „Naivitäten" nur zur oberflächlichen „Aufklärung" im Sinne der immer noch aktuellen Werbung für Einwanderer nach Südafrika dienen sollen.

Einem Schwarzafrikaner ist es nicht erlaubt, Grundbesitz zu erwerben. Sie müssen im Weißengebiet immer ein „passbook" (das ist ein Ausweis, der Namen, Stammesangehörigkeit, Berufs- und Wohnadresse beinhaltet) bei sich tragen, sonst werden sie auf Grund der laufenden Kontrollen, die geführt werden, solange inhaftiert, bis sich herausstellt, daß sie keine „Terroristen" sind.

Für Schwarze gibt es in öffentlichen Ämtern und Geschäftslokalen Nebeneingänge mit der Aufschrift: „Non Whites" und umgekehrt für Weiße: „Europaens only". Kein Schwarzer darf einen Autobus für Weiße betreten, wie es auch umgekehrt der Fall ist und sie müssen auch eigene Toiletten benutzen.

Die Schwarzen wohnen in sogenannten „homelands", in Slums, außerhalb der Stadt, wo weder Elektrizität noch Kanalisierung vorhanden ist.

Im Oktober 1976 erklärte Südafrika die Transkei für unabhängig. Dieser Schritt ist ein einziges Täuschungsmanöver, denn die Transkei ist nur 13,7 Prozent des unfruchtbaren Landes, in dem die schwarze Bevölkerung obendrein völlig von Südafrika abhängig ist, weil sie nach wie vor von Militär, Polizei und Politik des südafrikanischen Kolonialregimes geführt wird.

Österreich und Südafrika haben rege Handelsbeziehungen, zirka 15 österreichische Firmen haben sich dort niedergelassen. Immer noch wandern viele Europäer nach Südafrika aus. Leute, denen es bis dato nicht gelungen ist, sich eine Existenz im Sinne ihrer Vorstellungen im eigenen Land aufzubauen. Und Österreich stellt die höchste Einwandererquote der ganze Welt! Mit Sprüchen wie: „Hoffnungsgebiet für ambitionierte Erfolgsmenschen weißer Hautfarbe" wird die österreichische Bevölkerung geworben. Und mit jedem weißen Einwanderer wird das System der Niederhaltung der schwarzen Mehrheit verstärkt.

Wenn es aber im eigenen Land nicht gelingt, durch reelle Arbeit seinen Bedürfnissen nachzukommen, dann gelingt es im Ausland auch nur mit (halb)kriminellen Aktionen.

Unsere Situation wird auch nicht besser, wenn einzelne nach Südafrika auswandern, um dort „das große Geld zu machen". Warum in die Ferne schweifen, wenn das Schlechte sowieso so nah liegt. Hier in Österreich um bessere Löhne zu kämpfen, wäre sinnvoller.

A. X., Wien •

Die große Chance: Wer überlebt, macht Karriere

Montag morgens erfuhren es die Kollegen: Tod durch Herzschlag – 33 Jahre war er alt. Einige wußten es schon aus einer kleinen Notiz in der Zeitung.

„Die Arbeit hat ihn auf dem G'wissen". Das war die Meinung, die die Mehrheit der Kollegen vertrat „Na ja, bei 60 Zigaretten am Tag ist's aber kein Wunder", war die Meinung einer Minderheit.

Man hatte ihm große Karriere versprochen – viel Geld im Alter wäre da herauszuholen. Mit diesen Möglichkeiten vor Augen, stürzte er sich in die Arbeit, nichts war ihm zuviel. Dabei durfte natürlich kein Fehler gemacht werden, denn sonst wäre ja das Vertrauen auf dem Spiel gestanden, das ihm entgegengebracht wurde. Wer weiß denn schon, ob ein anderer diese „Chance" nicht auch als „einmalig" ansieht. Die „oben" suchen ja andauernd nach dem „Besseren", da „spuren" ja alle viel mehr.

„60 Zigaretten am Tag – die Arbeit hat ihn auf dem G'wissen", ist das ein Widerspruch? Nein!

„Mit Geld können die uns das gar nicht bezahlen, was sie an uns kaputtmachen", war die Meinung eines älteren Kollegen. Wozu aber das alles? Tatsächlich nur, damit eine Handvoll „oben" in Saus und Braus leben kann?

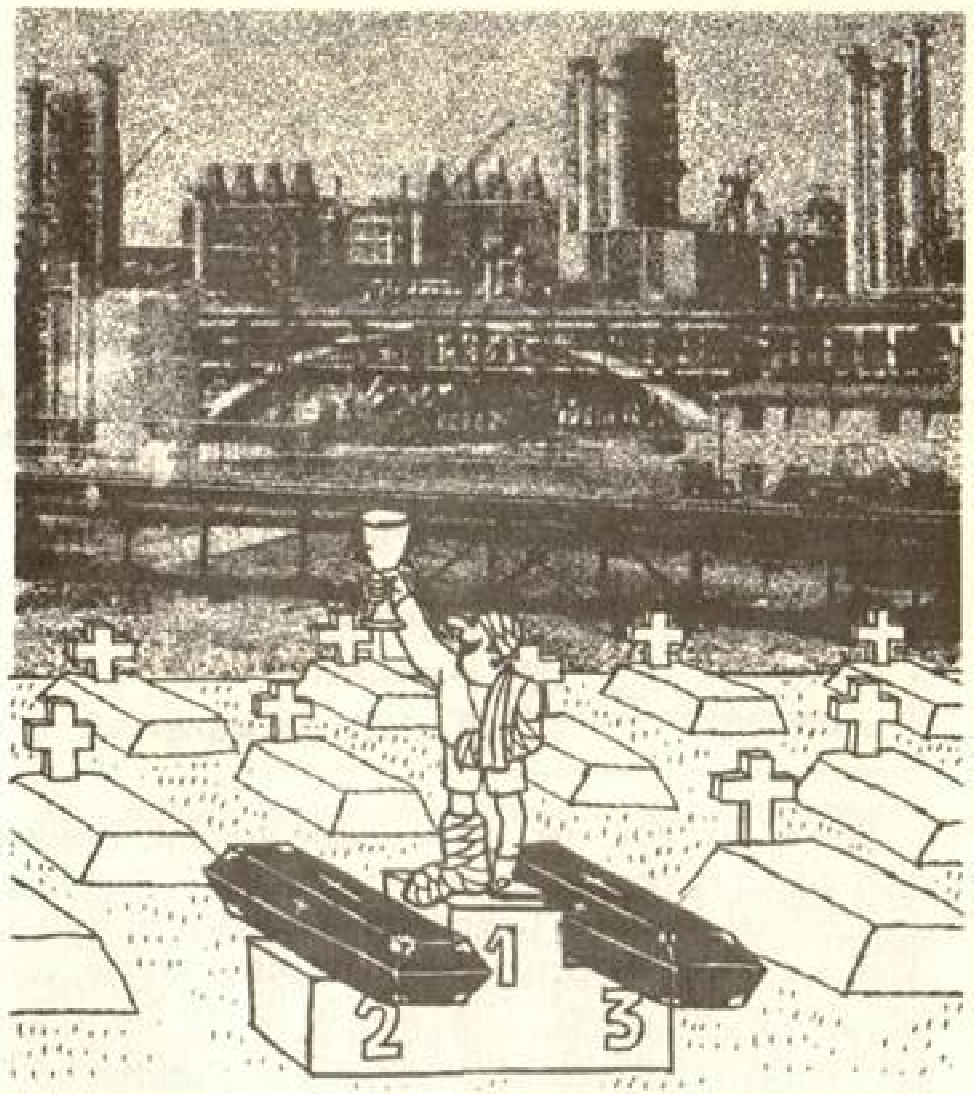
Jetzt hat schon ein anderer seinen Platz eingenommen. Ein anderer, dem die gleiche „große Chance" versprochen wurde – für die „oben" läuft alles weiter, als wäre überhaupt nichts geschehen. Ist aber tatsächlich nichts geschehen? Man kann sagen, es ist ja nur ein Mensch frühzeitig gestorben, es hat nur eine Frau ihren Mann frühzeitig verloren, ein Kind seinen Vater.

Natürlich ist etwas geschehen. Eine Familie, eine Gruppe von Kollegen hat einen der ihren verloren, dessen Lebensuhr bei weitem noch nicht abgelaufen sein müßte.

Die Mediziner werden sicher eine Erklärung dafür finden. Ob diese Erklärung aber auch tatsächlich der Wirklichkeit gerecht ist? Wir sagen, in die Erklärung solch plötzlicher Todesfälle gehört schön langsam etwas vom System dieser kapitalistischen Profitgesellschaft hineinverarbeitet. Denn solche Fälle sind keine Ausnahme mehr, sie werden immer mehr zur Regel.

•

Defizit! Die Pensionsversicherung brauchte bisher immer Staatszuschüsse. Schlecht und recht wurden sie gegeben. Zahlen dafür müssen ja sowieso die arbeitenden Menschen mit ihren Steuern, obwohl die nach Meinung der Kapitalisten viel besser zum Wohle der Wirtschaft angelegt wären. Schön langsam wird die Pensionsversicherung aber zum gewinnbringenden Geschäft des kapitalistischen Staates werden. Sinkende Lebenserwartung der Männer, hieß es zuerst. Jetzt kommt dazu: sinkende Lebenserwartung für berufstätige Mütter! Und sowieso schon bekannt ist: langjährige Schichtarbeiter müssen froh sein, überhaupt das Rentenalter zu erleben. Und immer länger wird die



Liste der Kollegen, die vom Betriebsrat bei der Betriebsversammlung als „von uns gegangen" bekanntgegeben wird. „Wir sollen ihrer stets gedenken", sagt er dann dazu. Das sollten wir wirklich – gleichzeitig aber auch darüber nachdenken, wie wir dieses Übel des Kapitalismus abschaffen können. •

(Fortsetzung von Seite 1)

Ablenkung und Betrug auch weiterhin

Jetzt wird mit allen Mitteln versucht, diesen Lohnraubabschluß den arbeitenden Menschen als „größtmöglichen Erfolg" einzureden. Da werden fürs Fernsehen aus der Masse Stimmen herausgeklaubt, die „loben" sollen, da schreit die Industriellenvereinigung von der „Verantwortungslosigkeit" der Gewerkschaftsführer, denn die Lohnabschlüsse seien „viel zu hoch" und die Drohung mit den „gefährdeten Arbeitsplätzen" bleibt natürlich auf der Tagesordnung.

Die Gewerkschaftsführung lenkt überhaupt von der Lohnfrage ab. So als ob die Frage, was der Arbeiter als Preis für seine Arbeitskraft bekommt, nicht die entscheidende wäre, erheben Benya, Sekanina und Co. jetzt die „Angleichung an die Angestellten" zur Kernfrage. Der Lohn soll uns „Wurscht" sein. Wichtig ist nur, daß wir Arbeiter uns als „Bessere" fühlen können. Weg mit den blödsinnigen Gedanken, wir wären ausgebeutet. Wo sind noch „Proleten", die den Klassenkampf führen müssen, sollen wir uns fragen. Das sind doch nur die, die nichts können, nichts wissen – die „Tschuschen", die Hilfsarbeiter, die ungelernten Frauen.

Das ist eine ganz gefährliche Propaganda mit Langzeitwirkung und wir werden mit ihr immer mehr konfrontiert werden. Damit soll den Arbeitern das Klassenbewußtsein und damit die Grundlage des Kampfes um ihre Interessen geraubt werden. Davor müssen wir uns in acht nehmen.

Durchschauen wir die Betrugsmanöver, mit denen wir zu modernen Sklaven gemacht werden. Entziehen wir uns dem Einfluß und der Propaganda verräterischer Führer, indem wir selbständig zu denken beginnen. Entschließen wir uns zum eigenständigen Kampf um unsere Interessen. Stützen wir uns auf die eigene Kraft, vor der die Bonzen oben so sehr Angst haben. •

Zitate

Die offenen Wirtschaftsbereiche werden immer mehr eine Domäne der Gastarbeiter. Der Österreicher, bis hinauf zum Akademiker, tendiert dazu, sich einen geschützten Arbeitsplatz, womöglich beim Bund, zu suchen.

Wirtschaftsforscher-Chef Hans Seidel über den zum Rentner geborenen Österreicher

Wenn es eine Mäßigung bei Lohnabschlüssen gegeben hat, dann aus Sorge der Gewerkschaftsführer und Disziplin ihrer Truppe, aber nicht durch unsere Beredsamkeit.

Helmut Steinacker, Pressechef der Bundeswirtschaftskammer

Auf den Wirtschaftsseiten der Kapitalistenpresse ist für die Arbeiter sehr viel Aufschlußreiches zu lesen.

Gewerkschaftsbonzen sichern die Ausbeutung

Wenn die Zeit der Lohnrunden kommt, beeilen sich die Unternehmer immer sehr, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Lohnerhöhung gering zu halten. Weil sonst die Wirtschaft nicht wachsen könne, von der wir ja „alle leben". Die Frage ist da nur immer gewesen, wie die einen – die Kapitalisten – und die anderen – die arbeitenden Menschen – von dieser Wirtschaft leben.

Nun, daß die „oben" wie Gott in Frankreich leben, während die Arbeiter immer mehr Abstriche von ihrem Lebensstandard machen müssen, ist ein ziemlich offenes Geheimnis. Daran, daß es so ist, sind die Gewerkschaftsbonzen maßgeblich beteiligt. Das war stets unsere Meinung.

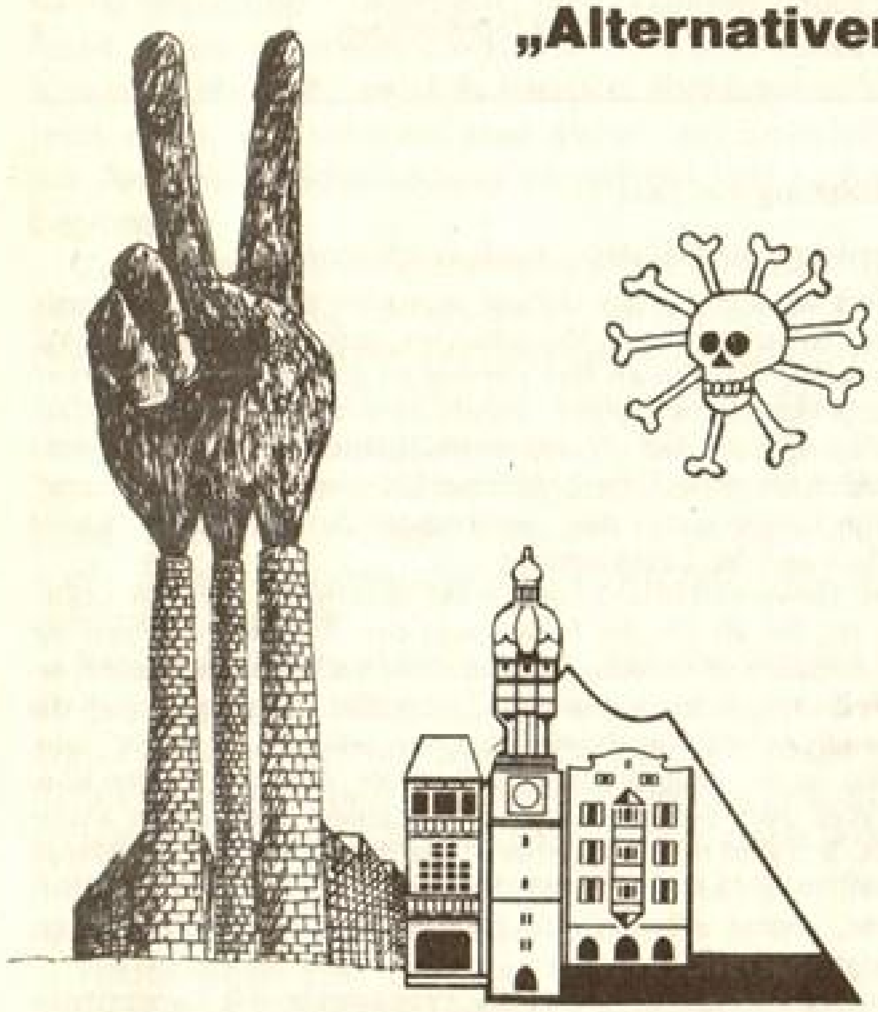
Sehr viele SP-Kollegen haben uns deswegen zumindest „schief" angeblickt, wenn sie nicht gar oft gesagt haben, wir würden eine böswillige Hetze betreiben. Obiges Zitat vom Experten Steinacker bestätigt unsere Aussage: Gewerkschaftsbonzen sichern die Ausbeutung!

Ein anderer Experte – Wirtschaftsforscher-Chef Seidel – leistet mit seinen „Prognosen" und Statistiken wichtige „Vorarbeit" dazu. Daß sie für die arbeitenden Menschen immer eine ungünstige Auswirkung haben, dürfte daran liegen, daß Seidel offenbar „den zum Rentner geborenen Österreicher" auf Trab bringen will.

Also einen Zahn zulegen, Kollegen! Nicht auf die süßen Früchte warten – die sollen ja doch nur für die großen Tiere da sein. ●

Kapitalistische Krebs-Garantie:

„Alternativen"



In der letzten Zeit wurde von der „Tiroler Tageszeitung" die Verschmutzung der Innsbrucker Luft mit Schwefeldioxyd erneut aufgegriffen, weil es offenbar sogar manch bürgerlichen Kreisen zuviel wurde. Während der Innsbrucker Gemeinderat die Meßergebnisse aus dem letzten Winter geheimhielt, wurden heuer einige Daten veröffentlicht. Diese ergaben, daß Werte erreicht wurden, bei denen in anderen Städten Europas „Smogalarm" gegeben wird. Wie gesundheitsschädlich die Luft in Innsbruck sein kann, ersieht man daran, daß in anderen Städten bei derselben Konzentration an Schwefeldioxyd die Krankmeldungen um bis zu 50 Prozent zunehmen. Bei Bronchitiskranken konnte eine eindeutige Verschlechterung der Krankheit festgestellt werden.

Wenn jedoch der „Tiroler Tageszeitung" vom Gemeinderat die Erlaubnis gegeben wird, etwas zu „enthüllen", heißt das noch lange nicht, daß der Gemeinderat auch etwas dagegen unternimmt. Anstatt nun das billige Schweröl mit Schwefelgehalt auch für die Industrie und andere Großverbraucher zu verbieten (was bereits beim Ofenheizöl der Fall ist) oder den Großverbrauchern den Einbau von Filteranlagen vorzuschreiben, wird der Ruf nach „Notmaßnahmen" laut.

Daß ein Teil dieser Notmaßnahmen das Verbieten des Heizens in Wohnungen sein soll, hat Bürgermeister Lugger schon angedeutet. Weiters sollen die Kaminkehrer „schlecht eingestellte Ölofen kontrollieren". Damit wird aber davon abgelenkt, daß es gerade die Großverbraucher sind, die die Luft verpesten.

Gleichzeitig wird das Heizen mit Strom propagiert, was angesichts der geplanten Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf den Ruf nach dem Atomstrom hervorrufen soll. Man sieht: Die Bevölkerung soll wieder einmal irregeführt werden. Entweder Atomstrom oder verschmutzte Luft, entweder Krebs durch radioaktive Strahlen oder Krebs durch verschmutzte Luft, das sind die Alternativen, die das Kapital bietet.

R. P., Tirol ●

Mao Tsetung lehrt:

Österreichs Unabhängigkeit kann verteidigt werden!

„Österreich kann sich gegen einen mächtigen Angreifer nicht verteidigen", behaupten Landesverräter von den Ultrakonservativen bis zur „K"PÖ. Also bliebe ihm nichts anderes übrig, als sich kampflos einem Aggressor auszuliefern oder sich vorbehaltlos einem fremden „Beschützer" anzuvertrauen. So oder so wäre es eine schmähliche Kapitulation, eine nationale Selbstaufgabe.

„VERTEIDIGUNG OHNE SELBSTZERSTÖRUNG" lautet der Titel einer soeben erschienenen wehrpolitischen Arbeit, verfaßt vom Armeekommandanten des österreichischen Bundesheeres, General Emil Spannocchi (im Sammelband „Verteidigung ohne Schlacht", Hansen-Verlag, München-Wien, 1976). Darin wird ausgeführt, daß sich im Atomzeitalter sehr wohl auch ein militärisch schwaches Land oder ein neutraler Kleinstaat erfolgreich gegen eine aggressive Supermacht verteidigen kann. Die Geschichte beweise es am Beispiel der Abwehr der Weißgardisten und imperialistischen Interventionstruppen durch Sowjetrußland unter Lenin; am Beispiel des erfolgreichen Partisanenkampfes der Jugoslawen gegen Hitler-Deutschland; am Beispiel des Sieges Vietnams und der anderen Völker Indochinas über die USA; und schließlich, aber nicht zuletzt: am großartigen Beispiel des unaufhaltsamen Siegeszugs der chinesischen Revolution unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze.

„Der Erfolg war überall ein verblüffender", bekennt Spannocchi an Hand dieser überzeugenden historischen Beispiele. Und die strategisch-taktischen Ideen Mao Tsetungs haben eine universelle Bedeutung, betont er. Denn bei allen geographischen, sozialen, ökonomischen und sonstigen Unterschieden gibt es auch für Österreich „ein großes Gemeinsames" mit den angeführten Beispielen, nämlich: „In jedem Fall handelt es sich um einen Abwehrkrieg ... egal ob gegen einen Aggressor oder Unterdrücker." Die Form dieses gerechten und siegverheißenden Verteidigungskrieges ist (wie das die VRA seit Jahren immer wieder nachzuweisen bemüht ist!) auch nach den Erkenntnissen Spannocchis der VOLKSKRIEG, also eine engste Verbindung von Guerilla und regulärer Kriegsführung, von Armee und breiten Volksmassen. In theoretischer Hinsicht sind dabei entscheidend und allgemeingültig die militärischen Schriften von MAO TSETUNG. Denn (wieder nach Spannocchi): „Wer sich mit Partisanenkriegen – oder wie immer wir diese Art, Kriege zu führen, auch nennen wollen – befaßt, stößt auf Mao Tsetung." ●



S 1,50

Drucksache

VRA ★

Postfach 3, 1205 Wien

Frage an Radio Jerewan: „Wie verhält sich die Regierung der Sowjetunion in einer ausweglosen Situation?"

Radio Jerewan antwortet: „Über Probleme der russischen Landwirtschaft geben wir keine Auskunft."

Donau so blau, so blau . . .

„Umweltschützer" unterwegs



Es werden der Leute immer mehr, die besorgt sind, wenn sie an die Zukunft denken. Ereignisse, wie sie in Seveso passiert sind, alarmieren ja. So wird es auch immer klarer, daß Aufrufe: „Kinder, klaubts Papierln zsam!", wie sie in den Schulen ertönen, oder: „Startet eine Aktion schöpferischer Phantasie . . . räumt den Schmutz aus den Wäldern!", wie man in der „Solidarität" lesen kann, in die falsche Richtung weisen. Mögen sie auch noch so ehrlich gemeint sein.

Ganz nebenbei wird da nämlich angedeutet, daß Du und ich – wir alle halt – diesen Dreck verschuldet haben und daß sich das Umweltproblem wird lösen lassen, wenn erst einmal jeder von uns beginnt, diesen Dreck wegzuräumen. Daß damit aber noch nicht viel getan wäre, liegt auf der Hand. Denn Umweltverschmutzer Nummer 1 ist die Industrie. Besser gesagt: das Profitstreben der Industriekapitäne, der Kapitalisten. Für Vorsorge gegen die Umweltverschmutzung haben diese Leute nämlich nichts übrig.

Von Experten wird bei uns ausgerechnet, wieviel Abwasser auf jeden Einwohner „kommt". Industriebetriebe unterliegen Abwasserbestimmungen in „Einwohnergleichwerten"; für eine verstaatlichte Firma werden beispielsweise 3.000 solcher Einheiten festgelegt, die ungeklärt in die Donau fließen dürfen. Nun fließen aber schon seit längerem statt der erlaubten 3.000 „Einwohnergleichwerte" 300.000 in unsere „schöne, blaue Donau". Man halte sich diese Zahl vor Augen: Eine einzige Firma verursacht mehr Dreck als alle Einwohner von Vorarlberg oder vom Burgenland zusammengenommen!

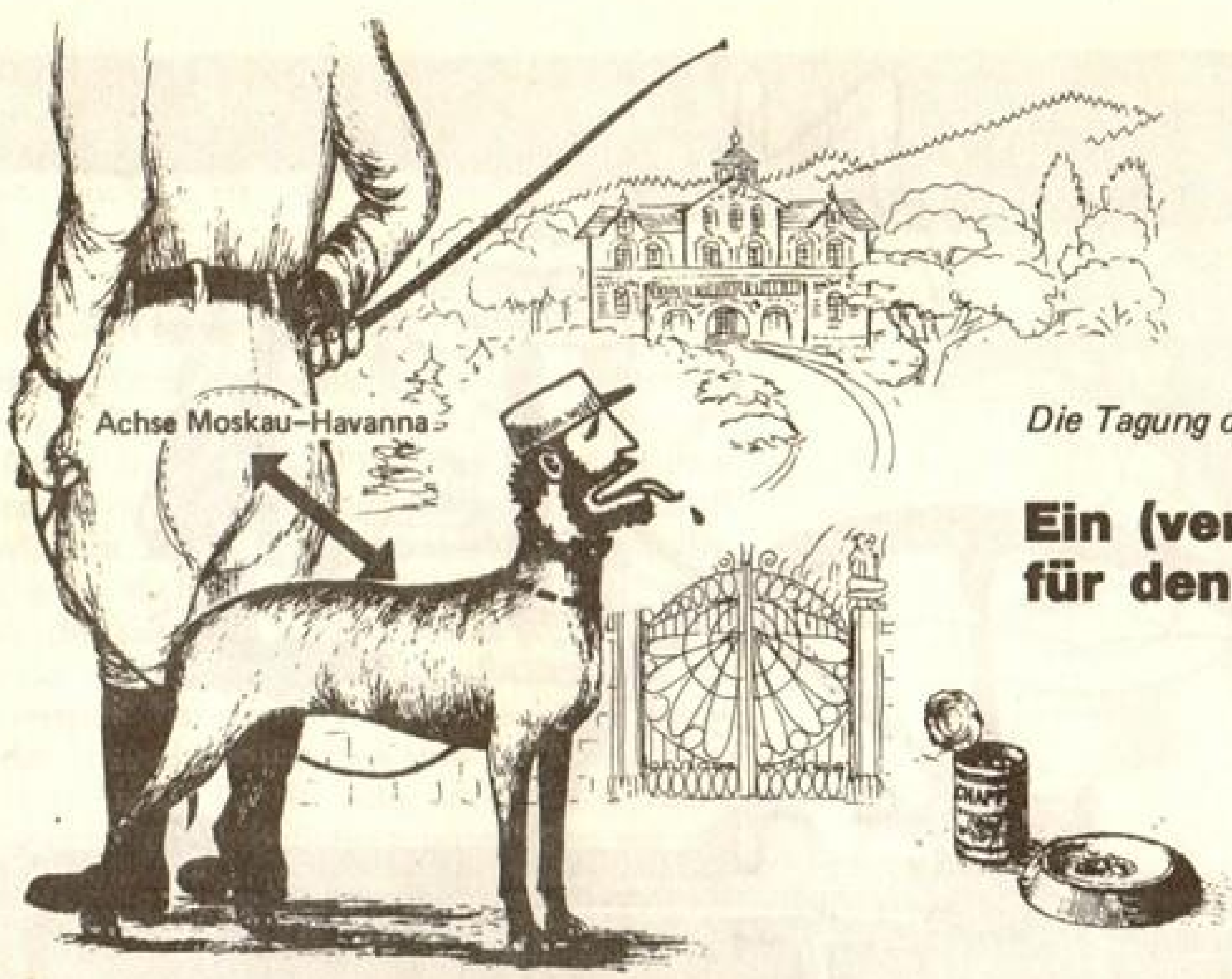
Bekanntlich wird bei der Selbstreinigung der Flüsse, beim Abbau von Chemikalien dem Wasser Sauerstoff entzogen. Überstrapazierung dieses Vorgangs führt zu toten Gewässern, in welchen, abgesehen von einigen Algenarten, keine Pflanzen oder Tiere existieren können.

Weil das Auge des Gesetzes, in diesem Fall der zuständige Hofrat des Wasseramtes, nicht geschlafen hat, wurden Vertreter der betreffenden Firma zur Aussprache eingeladen. Der Fall lag aber wohl nicht so eindeutig, wie es für den Laien den Anschein hat. Daher wurde von der Firma ein Sachverständiger eingeschaltet – für rund einen Blauen pro Stunde. Bei der Verhandlung wurde sehr angeregt über alles mögliche geplaudert, nur das Thema Abwasser kam fast nicht zur Sprache. Trotzdem hatte dieses „Plauderstündchen" nicht nur für den Sachverständigen günstige finanzielle Effekte, sondern auch für die Firma: Ein Aufschub für den Bau einer Kläranlage wurde auf unbestimmte Zeit gewährt.

Vom Standpunkt der Manager dieses verstaatlichten Betriebes, die auf diese Weise die Kosten einer Kläranlage einsparen, ist Umweltschutz etwas Lästiges, das den Gewinn vermindert. Profit, heißt ja die Parole. So wird nun keine Kläranlage gebaut, dafür aber die Produktion neuerlich enorm ausgeweitet – was noch mehr Dreck in der Donau bedeutet. Wie üblich im kapitalistischen System, macht es die Konkurrenz auch genauso, weil das Ringen um die Marktanteile verschärft weitergeht. Nach dieser Logik ist es kein Wunder, daß die Firma Kosten einzusparen versucht, wo immer es geht. In diesem Fall geht es zu Lasten unserer Umwelt.

So wenig die Verstaatlichung von Industrieunternehmen das Chaos in der Produktion beseitigen kann, so wenig können die Gesetze dieses Staates verhindern, daß wir in einer zunehmend verdreckten und verseuchten Umwelt leben müssen und daraus gesundheitlichen Schaden erleiden.

Es soll aber niemand daherkommen und sagen, das sei eben auch ein Preis, den wir alle für die Sicherung der Arbeitsplätze zahlen müssen. In der letzten Zeit wurden in der betreffenden Firma bereits Arbeiter entlassen und es sollen auch weiterhin Leute entlassen werden. Denn auch dadurch wird der Profit angehoben. Es erhebt sich die Frage: Wie lange wollen wir da noch zuschauen? ●



Die Tagung des Comecon in Havanna:

Ein (vergifteter) Bissen für den Jagdhund

Ziemlich unbeachtet von der westlichen Öffentlichkeit fand vor kurzem die Tagung des Exekutivausschusses des COMECON statt. Nicht wie üblich in einem Ostblockland, sondern in Havanna, der Hauptstadt Kubas. Die Wahl des Tagungsortes und die Ergebnisse dieses Wirtschaftstreffens sollen natürlich die Anerkennung des russischen Oberherren für die geleisteten Jagdhunddienste Castros in Angola und für dessen aktives Vasallentum gegenüber den Kremlzaren überhaupt zum Ausdruck bringen. Dieser Bissen wird jedoch nicht verabreicht, ohne zugleich den Jagdhund noch stärker an die Kette zu legen, wofür die Beschlüsse dieser Tagung ein beredtes Zeugnis ablegen.

Kuba ist seit 1972 Mitglied des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW oder Comecon) und damit ein Rädchen in der Maschinerie der „internationalen Arbeitsteilung" russischer Machart. Die „brüderliche Hilfe" durch die Eingliederung Kubas in das russische Wirtschaftsimperium hat die für dieses Land sehr nachteilige Wirtschaftsstruktur keineswegs geändert (siehe Kuba-Broschüre der VRA); nach wie vor ist Kuba vor allem auf die Erträge seiner Monokulturen angewiesen und damit sehr abhängig von den Schwankungen des Weltmarktpreises. Was von den russischen „Freunden" ökonomisch und politisch weidlich ausgenützt wird.

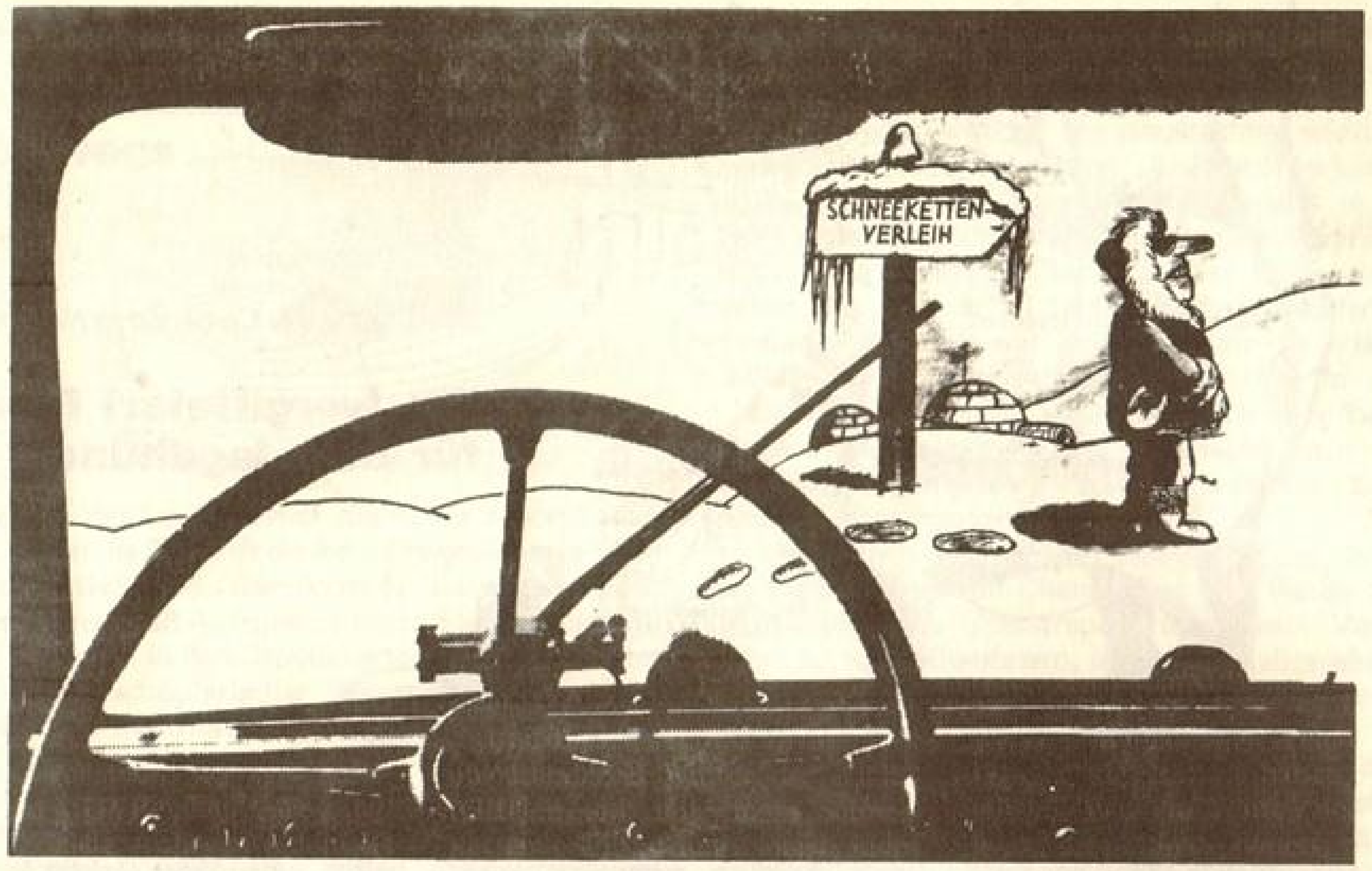
Nun aber soll – das ist auf der Tagung beschlossen worden – Bergbau und Industrialisierung Kubas forciert werden, und zwar vor allem durch den Abbau der reichen (kubanischen) Nickel- und Kobaltlager (bis zu einem Drittel der Weltproduktion). Der Abbau dieser wichtigen Erze dient jedoch nicht in erster Linie dazu, Kuba wirtschaftlich auf die Beine zu helfen, sondern dem Ausbau der russischen Rüstungsindustrie, die gerade bei der Erzeugung von modernen Waffen diese dazu nötigen Metalle äußerst gut verwerten kann.

Durch die Tagung von Havanna wird also noch klarer: Trotz mancher Rückschläge wird Kuba weiterhin als allseitiger Vorposten des russischen Expansionismus vor der Haustür der anderen Supermacht ausgebaut.

Die Wahl Havannas zum Tagungsort des Comecon soll auch den neokolonialistischen Absichten der neuen Zaren im Kreml dienen. Rußland ist keineswegs gewillt, Mittel- und Südamerika dem Konkurrenten um die Weltherrschaft – USA – als Domäne zu überlassen. Die russischen Sozialimperialisten versuchen vielmehr, mit allen Mitteln den hartnäckigen Kampf der Völker um Unabhängigkeit in diesem Raum in ihr Schlepptau zu nehmen und sich selbst einzunisten (siehe Assoziationsangebot an Guyana). Und Castro leistet auch dazu ideologische und politische Schützenhilfe, indem er die Einheitsfront dieser Länder (wie der Länder der Dritten Welt überhaupt) durch Aufspaltung in „fortschrittliche" – das heißt dem Moskauer Druck sich beugende – und „reaktionäre" – das heißt den russischen Machthabern sich widersetzende – Länder zu unterminieren versucht.

In der Maske der Unterstützung sabotieren die Kreml-Herren in Wirklichkeit den Kampf dieser Völker, wie z. B. durch die Forderung nach „Internationalisierung" des Panama-Kanals. Oder sie stellen sich sogar offen dagegen, wie sie es gegenüber der Forderung der südamerikanischen Länder nach Ausdehnung des Hoheitsrechts in den Küstengewässern auf 200 Seemeilen tun.

Alle diese Manöver zur Beherrschung dieser Länder – einerseits in Rivalität mit den US-Imperialisten, andererseits auch in Kollaboration mit diesen – werden den Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen Imperialismus und Hegemonismus jedoch nicht abwürgen können, sondern ihn nur verstärken. Und auch das Volk Kubas wird die wahre Rolle der russischen Machthaber erkennen. ●



Der Trick mit den Schneeketten

Es gab einst einen österreichischen Arbeiter-Radfahrerbund, abgekürzt ARBÖ. Mit A wie Arbeiter. Dieser Sportverein war damals gewissermaßen das proletarische Gegenstück zu den noblen Bicycle-Clubs, welche nur vornehmen Leuten vorbehalten waren.

Die Abkürzung ARBÖ gibt's auch heute noch: für den inzwischen auf „Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs" umbenannten Pannendienst-, Motorsport- und Reisebüro-Konzern. Mit A wie Absahnen. (Was die im offiziellen Titel noch vorhandenen „Radfahrer" betrifft, so kann es sich hierbei wohl nur um die im internen Konkurrenzkampf mit Bücken und Treten voll ausgelasteten Manager handeln.) Der ARBÖ von heute ist lediglich das SPÖ-nahe Gegenstück des geschäftstüchtigen ÖVP-nahen Touring-Clubs. Soziale Anliegen jedenfalls scheint er keine mehr zu haben.

Oder doch? Na, machen wir ganz einfach die Probe aufs Exempel, wozu wir allerdings ein bißchen weiter ausholen müssen.

Das Autofahren im winterlichen Österreich ist eine Art Hasardspiel, und zwar nicht nur in bezug auf Verkehrsunfälle, sondern auch deswegen, weil man nie weiß, ob oder wann man Schneeketten braucht. Es kann über Nacht geschehen, daß eine ansonsten harmlose Landstraße plötzlich im Schnee erstickt. Und der Scheichelroiter etwa, der mit seinem altersschwachen Vehikel tagtäglich zwischen seinem gottverlassenen Heimatort und dem 20 Kilometer entfernten Arbeitsplatz hin und herpendelt, bleibt in dem weißen Segen stecken. Was soll er also tun, der Scheichelroiter? Richtige Antwort: rechtzeitig Schneeketten montieren. Aber er besitzt gar keine solchen Ketten, weil er in den früheren milden Wintern nie welche gebraucht hat oder weil ihm, dem Stiefkind des Wohlfahrtsstaates, sowas einfach zu teuer ist.

Und deshalb sprang im nunmehr überstandenen Winter der ARBÖ hilfreich ein; mit einem Schneekettenverleih. Klingt sozial, nicht wahr? Ist es bei näherem Hinsehen aber gar nicht. Um in den Genuß der Leihgabe zu kommen, muß der Autofahrer nämlich erst einmal eine Kaution in der Höhe des Kaufpreises erlegen. Oder, deutlicher gesagt: der große, stinkreiche Pannengigant läßt sich vom kleinen Scheichelroiter ein zinsenloses Darlehen gewähren. Dieses Geld sieht der Automobilist außerdem wahrscheinlich nie wieder, denn wenn er während des ganzen Winters auch nur ein einziges Mal die Leihketten verwendet, verfällt die Kaution, und er hat die Ketten dem ARBÖ praktisch abgekauft. Wobei er zusätzlich draufzahlt, denn bei jedem x-beliebigen Händler bekommt er sie vermutlich billiger.

Ist aber der Winter mild und werden die Ketten nicht gebraucht, dann nimmt der Verleiher sie großmütig zurück, vorausgesetzt sie sind noch „originalverpackt". Und dann verweist er auf das Kleingedruckte. „Pro angefangene 10 Tage ist eine Verleihgebühr von 5 Prozent zu zahlen", heißt es da. Und weil die Schlaumeier, welche diese Gebühr ausgetüftelt haben, genau wissen, daß ein Winter normalerweise drei Monate dauert, deshalb zahlt der Scheichelroiter dann womöglich 50 Prozent des Neupreises. Für nichts. Denn die Schneeketten muß er ungebraucht zurückgeben, und in der nächsten kalten Jahreszeit besitzt er wieder keine.

Der ARBÖ, ein arbeitnehmerfreundliches, soziales Unternehmen? Ja, mit A wie Ausnehmen. •



Die „K"PI stellt sich vor. Als

Retter in der Not

In Italien nimmt die Jugend den Massenkampf gegen den modernen Revisionismus auf. Das ist wichtig und richtig. Denn um seine Interessen vertreten zu können, muß man falsche „Freunde" durchschauen und bekämpfen.

KAMPF GEGEN DIE ARBEITERVERRÄTER

Brandt und Palme, Mitterand und Kreisky haben die italienischen Revisionisten von der „Kommunistischen" Partei Italiens („K"PI) schon öfter zu ihrer „demokratischen" und „verantwortungsvollen Politik beglückwünscht. Jetzt haben sich dem Kreis der Gratulanten auch die alten konservativen Kräfte angeschlossen, die sich dem Revisionismus gegenüber viel abwartender verhalten haben: die „Presse" und der Rom-Korrespondent des ORF, der ehemalige Schreiberling der Ustascha-Faschisten und des Franz Josef Strauß, Herr Alfons Dalma. Alle, wirklich alle, haben die italienische „K"P in Schutz genommen vor den römischen Studenten, diesen „Linksextremisten", „Faschisten" und „Terroristen", die es gewagt haben, den revisionistischen italienischen Gewerkschaftsbonzen Luciano Lama und seinen „K"PI-Schlägertrupp vom Universitätsgelände zu verjagen.

DIE „K"PI STÜTZT DEN KAPITALISMUS

In der Tat: der provokante Auftritt Lamas auf der Universität war ein neuerliches deutliches Zeichen der „K"PI, daß sie fest entschlossen ist, Mitverantwortung zu tragen für den italienischen Kapitalismus und dabei auch nicht vor den äußersten Konsequenzen zurückschreckt – sie hat gezeigt, daß sie bereit ist, auch mit Prügelgarden und brutaler Gewalt gegen die Massen vorzugehen, wenn es dem Kapitalismus dient.

Auch bei uns ist bekannt, daß sich die stark geschwächte christdemokratische Regierung Andreotti im italienischen Parlament nur deswegen halten kann, weil die „K"PI ihr gegenüber die Politik des sogenannten „Nicht-Mißtrauens" eingeschlagen hat. Praktisch heißt das, daß die Christdemokraten ungestört ihre volksfeindliche Politik fortsetzen können, weil sich die Revisionisten dabei der Stimme enthalten. Viel wichtiger ist aber noch der Flankenschutz, den die Christdemokraten von den Arbeiterverrätern in der „K"PI erhalten. Die revisionistischen Gewerkschaftsbonzen, die großen Einfluß haben, setzen alles daran, jeden aufkeimenden Protest der Arbeiter möglichst noch im Keim zu ersticken. „Die Arbeiter müssen halt Opfer bringen, damit das Land möglichst bald wieder aus der Krise kommt" – dieses auch uns Österreichern einigermaßen vertraute „Argument" steht im Mittelpunkt der „K"PI-Propaganda.

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UND STUDENTENBEWEGUNG

Die Jugend ist von der tiefen Krise des italienischen Kapitalismus besonders schwer betroffen. Hunderttausende junge Italiener sind auf der Suche nach dem ersten Arbeitsplatz. Die heftige Revolte auf den italienischen Universitäten ist nur in diesem Zusammenhang zu verstehen: seit in Italien bei der Schulreform vor einigen Jahren der Zugang zu den Hochschulen wesentlich erleichtert wurde, strömten immer mehr beschäftigungslose Arbeiterjugendliche dorthin. Die „Studentenexplosion" der italienischen Hochschulen ist ein Zeichen für die versteckte Arbeitslosigkeit. Es sind diese Jugendlichen proletarischer Herkunft, die an den Hochschulen – besonders im Süden, in Rom und Neapel – den Ton angeben und die Träger des Neuaufschwungs der Studentenbewegung sind.

Verständlich also, daß die heutigen italienischen Hochschulen keine beschaulichen Gärtlein der akademischen Ruhe sind. Sie gleichen eher randvollen Benzinfässern und ein Funke genügt, um sie in Flammen aufgehen zu lassen.

Dieser Funke war diesmal die Hochschulreform des Christdemokraten Malfatti, die darauf abzielt, die Rechte der Studenten einzuschränken und sie politisch zu disziplinieren. Kaum war das Malfatti-Projekt bekannt geworden, als die erzürnten Studenten von Neapel, Rom, Mailand und Turin schon die Universitäten besetzt und den Lehrbetrieb lahmgelegt hatten. Demonstrationen und Massenkundgebungen kennzeichneten die Situation, die die italienischen Zeitungen mit der des Pariser Mai 1968 verglichen. Die Christdemokraten wußten genau, daß sie es selbst nicht wagen durften, Hochschulboden zu betreten und die Studenten zu besänftigen. Direkter Polizeieinsatz andererseits hätte nur noch stärkeren Kampf der Studenten zur Folge gehabt und möglicherweise noch breitere Bevölkerungskreise auf den Plan gerufen. Der Retter in der Not sollten also die Revisionisten und die Gewerkschaftsbonzen sein. ➡



Wenn die „K"PI mitregiert, dann ist endlich Schluß mit der entsetzlichen Unsicherheit. Die Studenten kommen wieder zum Studieren . . .

REVISIONISTISCHE SOZIALFASCHISTEN GEGEN DIE JUGEND

Luciano Lama, der Oberbonze der revisionistischen Gewerkschaft CGIL, sah seine Stunde gekommen. Mit großem Trara ließ er über die Massenmedien verkünden, er selbst werde auf dem besetzten römischen Universitätsgelände den Studenten die Notwendigkeit erläutern, „wie die Arbeiter Opfer zu bringen für ein erneuertes, demokratisches Italien". Sicherheitshalber ließ er sich jedoch gleich einmal von ein paar hundert Schlägern des „K"PI-„Ordnungsdienstes" begleiten, die die Rednertribüne absicherten und – damit es nur ja keine Mißverständnisse gibt über das Demokratieverständnis der Revisionisten ! – alle gegen die „K"PI kritischen Wandzeitungen und Maueraufschriften überpinseln.

Das Ergebnis dieser Veranstaltung ist inzwischen bekannt: bei schweren Zusammenstößen wurden Dutzende Studenten schwer verletzt und einige der sozialfaschistischen Schläger bekamen glücklicherweise auch ihren Teil dabei ab. Wenige Stunden nach dem Abzug Lamas und seiner Provokateure stürmten sechstausend Polizisten die Universität und vertrieben die Studenten.

In den revisionistischen Zeitungen begann danach eine massive Hetzkampagne gegen die Jugendbewegung überhaupt. Die „Unita" hatte sogar die Stirn, die politische Bewegung der italienischen arbeitenden und studierenden Jugend in Bausch und Bogen als „faschistisch" zu bezeichnen! Ähnliche Kommentare konnte man auch in der „Volksstimme" lesen.

Die Revisionisten scheinen jedoch mit dieser Verhetzung nicht durchgekommen zu sein. Lama, der zuerst von einem „Generalstreik gegen die faschistische Provokation" gesprochen hatte, mußte diese Ankündigung schließlich zurücknehmen. Zwei Tage später demonstrierten in Rom 50.000 Menschen. Nicht gegen die Studenten, sondern gegen die „K"PI und ihren „historischen Kompromiß"! ●



. . . und die Arbeitnehmer fühlen dankbar die ordnende Hand.

Das große Profit-Fressen

Ein Prunkstück des alten „roten Wien" war der soziale Wohnungsbau. Den gibt es schon längst nicht mehr. Dafür gibt es „geförderte" Wohnbaugenossenschaften, ein gefundenes (Profit-)Fressen für Bauunternehmer und einträgliche Jobs für Bonzen und Günstlinge, die als Funktionäre dieser „Genossenschaften" fungieren. Für viele waren diese Genossenschaftswohnungen unerschwinglich. Die Wohnungen standen leer. Deshalb ließ sich die Gemeinde etwas „einfallen".

Wie die Gemeinde Wien versichert, ist es seit der Einführung der Mietzinsbeihilfe für jeden möglich, sich eine der neuen, bisher für arbeitende Menschen unerschwinglichen Wohnungen zu leisten; man zahlt halt von einem Zins von 2.000 Schilling nur 400. Den Rest legt die Gemeinde dazu. Am ersten Blick also eine sehr schöne Sache. Schauen wir das aber einmal in der Praxis an.

Wir kennen einen kleinen Angestellten, der nach fünfzehnjähriger Wartezeit in einer Zimmer-Küche-Wohnung von der Gemeinde endlich eine Wohnung zugewiesen bekommen hat. Er selbst verdient ungefähr 6.000 Schilling im Monat, seine Frau kann nicht arbeiten gehen, weil eines ihrer beiden Kinder körperbehindert ist und ständige Pflege braucht.

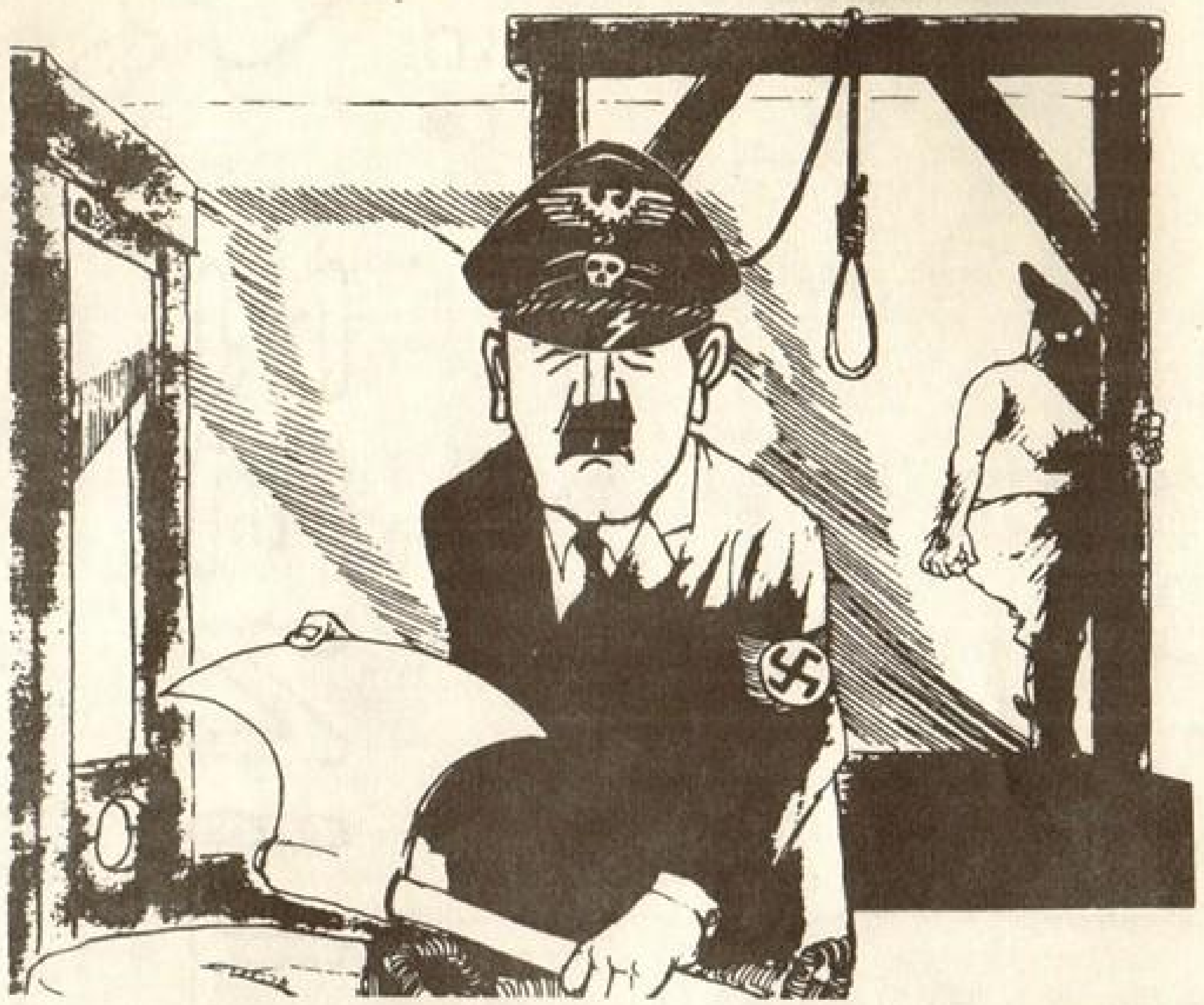
Ein Kind hatte zwar inzwischen geheiratet und war aus der elterlichen Wohnung ausgezogen. Aber auch zu dritt ist das Leben in einer Gangbassena-Wohnung nicht schön. Also freute sich dieser kleine Angestellte sehr über eine geräumigere neue Wohnung.

Die Miete der neuen Wohnung beträgt 1.800 Schilling. Dem Angestellten wurde eine Mietzinsbeihilfe in der Höhe von 1400 Schilling bewilligt. So weit, so gut. Der Haken ist nur, daß die Grundlage für den Anspruch beziehungsweise die Höhe der Beihilfe das Bruttogehalt ist. In regelmäßigen Abständen muß eine Gehaltsbestätigung vorgelegt werden, mit der dann kontrolliert wird, ob die Bedingungen für die bewilligte Höhe noch gegeben oder auf Grund einer Lohnerhöhung bereits hinfällig geworden sind.

Unser Angestellter hat den Rechenstift zur Hand genommen und ist auf folgendes „verblüffende" Ergebnis gekommen: Erst bei einer Verdoppelung seines Gehaltes würde ihm, nachdem er den Zins gezahlt hat, mehr Geld übrig bleiben als jetzt bei seinem 6.000-Schilling-Gehalt plus Mietzinsbeihilfe. Jeder weiß aber, daß eine Lohnerhöhung von 100 Prozent bei uns nicht drinnen ist. Und es ist auch nicht gerade leicht eine Arbeit zu finden, bei der man das Doppelte verdient.

Die Folgen: Dank der Mietzinsbeihilfe werden es sich einige in Zukunft gut überlegen, ob sie sich Lohnforderungen anschließen werden, geschweige denn, ob sie gemeinsam mit ihren Kollegen selbständig um Lohnerhöhungen kämpfen werden. Womit sich klar herausstellt, daß die Mietzinsbeihilfen auch eine außerordentliche Hilfe für die Herren Unternehmer bei der Niederhaltung von Lohnbewegungen sind. Und das „Beihilfen"-Geld holt sich die Gemeinde außerdem von den arbeitenden Menschen. ●

Hängt wieder über unsren Häuptern Hitlers Henkerbeil?



„Der Ruf nach dem Henker" wird in der „Presse" (vom 5./6. März 1977) ausgestoßen. Er käme aus dem Mund der Massen, lügt das großbürgerliche Blatt. Doch die Mehrheit der Bevölkerung, die sich angeblich „bei allen Meinungsumfragen in Österreich . . . für die Todesstrafe ausgesprochen" haben soll, wird, wie man sehr wohl weiß, durch die Massenmedien (Presse, Fernsehen, Rundfunk) von den herrschgewohnten Millionären, den Herrschenden in unsrem Land, bei solcher Gelegenheit geschickt manipuliert.

Der Anlaß: Einer der leider nicht seltener werdenden Sexualmorde an Kindern. Die Ursache: Solche Scheußlichkeiten werden ganz gewiß von labilen (d. h. moralisch nicht gefestigten) Charakteren umso eher begangen, je mehr sie in den geilen und feilen „Massenmedien" breitgetreten und hochgespielt, damit unweigerlich, wenn auch zuweilen unwillkürlich, popularisiert und propagiert werden. Die Folgerung der „Presse": Es müsse „mit dem strengsten Maß gemessen werden", was „das endgültige Außerverkehrziehen der gefaßten Schwerverbrecher" bedeute.

Daß in diesem Krimi-Jargon tatsächlich die Todesstrafe gefordert wird, versteht sich für den gelernten „Presse"-Leser von selbst. Daß es dabei jedoch weniger um eine Warnung an abwegige (d. h. von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf derart gräßliche Abwege getriebene!) „Triebverbrecher" geht als vielmehr um eine massive Bedrohung klassenkämpferischer Arbeiter, gibt das Blatt des ÖVP-Wirtschaftsbundes offen kund und zu wissen: „Die Gesellschaft braucht mehr Sicherheit", betont es, als ihr etwa durch lebenslange Gefängnisstrafe für abgeurteilte Übeltäter geboten werde; und das gelte „wohl auch für Terroristen, die offenbar über Leichen zu gehen bereit sind". Man beachte die heuchlerisch-scheinheiligen Wendungen „wohl auch" und „offenbar".

Weiß man denn nicht, daß für alle reaktionären Ausbeuterklassen der Widerstand der ausgebeuteten Menschen als „Terror" verunglimpft wird? Gilt das nicht ebenso für die bürgerliche Große Französische Revolution vom Ende des 18. Jahrhunderts wie für die proletarische Pariser Kommune von 1871? Und wird nicht dasselbe schimpfliche Schlagwort heutzutage von allen Imperialisten gegen jegliche Kämpfer für soziale oder nationale Befreiung angewendet?

Man darf nicht vergessen, daß die „Presse" zu wiederholten Malen unmißverständlich ihr Bekenntnis zum Faschismus geäußert hat; und man muß ebensosehr daran denken, daß wirtschaftliche und politische Krisensituationen die herrschende Kapitalistenklasse immer mehr dazu drängen können, ihren „demokratischen" Deckmantel abzuwerfen und den nackten faschistischen Terror gegen alle werktätigen Menschen in Anwendung zu bringen! ●

K. S., Wien, den 7. März 1977

Treffpunkt der Marxisten-Leninisten ist das Lokal der VRA in

Wien 20, Universumstraße 40

jeden Dienstag und Freitag ab etwa 18.30 Uhr. (Diskussionen, Schulungen, Auskunft in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen.) Telefon 33 87 774. Besucher sind uns herzlich willkommen.